

Ablehnung mit deutlichen Worten ☆

Ettenheimer Gemeinderat stimmt gegen eine Mitgliedschaft oder einen Sitz der Bürgerinitiative im Zweckverband DYN A 5

Von unserem Redakteur Klaus Fischer

ETTENHEIM. Der Gemeinderat begrüßt das Angebot der Initiatoren des Bürgerbegehrens, sich bei der Suche nach "passenden Investoren" für DYN A 5 einbringen zu wollen. Einen ständigen Sitz in der Zweckverbandsversammlung für einen Vertreter der BI Gewerbepark Ettenheim-Mahlberg oder die Mitgliedschaft der BI im Zweckverband lehnt eine deutliche Mehrheit des Gremiums hingegen ab.

Bürgermeister Bruno Metz machte am Mittwochabend in der Festhalle Ettenheimmünster aus seinem Herzen keine Mördergrube, als er der Debatte um den Antrag von Horst Queck und Erik Frey — beide waren in der Sitzung nicht anwesend — eine politische Bewertung voranstellte. Seiner Erfahrung nach erwarteten potenzielle Investoren Vertraulichkeit. "Ein Unternehmer, der zu früh offen legt, dass er investiert, der hat schnell einen Wettbewerbsnachteil", sagte Metz. Unternehmen, die fürchten müssen, an die Öffentlichkeit gezerrt zu werden, würden abwinken. Dass Metz bei einer Beteiligung der BI im Zweckverband um diese Diskretion fürchtet — diese Deutung war von ihm sicherlich gewollt.

Die rechtliche Bewertung des Antrages überließ Metz dann Stefan Hattenbach. Der Kämmerer stellte fest, dass der von Horst Queck und Erik Frey am 8. Mai gestellte Antrag inhaltlich völlig anders zu bewerten sei, als das Anschreiben, das vor wenigen Tagen an Verwaltung, Stadträte und Presse gegangen war (BZ vom 25. Juni). Der Antrag Queck und Freys habe darauf abgezielt, dass ein Sitz in der Zweckverbandsversammlung durch einen Vertreter der BI besetzt wird, den diese selbst bestimmt. Die Gesellschafter im Zweckverband, nämlich Ettenheim und Mahlberg, sollten dort künftig paritätisch vertreten sein — 3:3 anstatt wie bisher 4:3 zugunsten Ettenheims. Alle Vertreter sollten gleiches Stimmrecht haben. Dieser Antrag sei nicht nur wegen einiger formaler Fehler nicht zulässig, so Hattenbach. Auch rechtlich gebe es keine Grundlage, denn die BI sei nicht Mitglied im Zweckverband und dürfe deshalb auch keinen Vertreter in die Versammlung entsenden. Die müssen durch Wahl von den Gesellschaftern bestimmt werden. Das Anschreiben von Queck, per E-Mail am 21. Juni, unterscheide sich in einem wesentlichen Punkt von dem Antrag. Im E-Mail gehe es nämlich darum, dass die BI als Mitglied ohne Risikoübernahme in den Zweckverband aufgenommen wird, so Hattenbach. Das sei grundsätzlich und rechtlich möglich, wenn "das Mitglied die Erfüllung der Ziele des Zweckverbandes fördert" (Hattenbach).

Heftige Reaktionen

auf den Antrag

Bürgermeister Metz nahm diese neue Forderung spontan auch als neuen Antrag auf die Tagesordnung. Die Reaktion der Fraktionssprecher auf den Antrag und seine "Ergänzung" überraschte nicht, fiel aber teilweise heftig aus. Manfred Schöpf (CDU) erteilte beiden eine klare Absage. Eine Mitgliedschaft der BI im Zweckverband sei der Sache nicht dienlich und entspreche nicht der Intension der Gründerväter — sowohl in Ettenheim als auch in Mahlberg. Einer Zusammenarbeit mit der BI in beratender Funktion stehe jedoch nichts entgegen, so Schöpf. Dass es der BI an demokratischer Legitimation fehle, betonten sowohl Thomas Dees (FWV) als auch für die SPD-Fraktion Wolfgang Weber. Er könne zudem keine Basis dafür erkennen, die Zweckverbands-Ziele mit den Protagonisten von BI oder Bürgerbegehren durchzusetzen.

Die demokratische Legitimation wollte Peter Frey (FL) sehr wohl erkennen, "schließlich muss man das Ergebnis des Bürgerentscheids auch als Auftrag für den Gemeinderat verstehen." Außerdem sehe er keinen Schaden für den Zweckverband, wenn die BI sich engagiert einbringe. Eben dieses Einbringen vermisste Bernd Billharz (SPD): "Bisher haben wir von Herrn Queck nur große Worte gehört, aber keine Taten." Keine Unterstützung signalisierte auch Hans Boskamp (CDU). Er vermisse bei der BI Sachkompetenz in Fragen der Wirtschaftsförderung. Hier sei jemandem das Ergebnis des Bürgerentscheids "zu Kopf gestiegen", mutmaßte Franz-Josef Helle (FWV): "Der Antrag gehört in den Papierkorb."

Gegen die Stimmen von Peter Frey und Elisabeth Lüdemann lehnte der Gemeinderat ab, die Verbandssatzung zu ändern, um der BI eine Mitgliedschaft zu ermöglichen.